



Es wird spannend !

I. Die politische Lage in Deutschland	S. 3
II. Die Woche im Parlament	S. 4
III. Daten und Fakten	S. 8
IV. In eigener Sache	S. 8
V. Termine	S. 10

Liebe Leserin, lieber Leser,
die Situation in der CDU ist in der vergangenen Woche sehr spannend geworden. Nach den erneuten Wahldebakeln in Bayern und Hessen für die Union hat unsere Vorsitzende Angela Merkel die Konsequenz gezogen und erklärt, beim anstehenden Bundesparteitag am 7. und 8. Dezember in Hamburg nicht mehr für das Amt zu kandidieren.

Mit ihrem Verzicht auf eine erneute Kandidatur setzt Angela Merkel ein richtiges Signal. Dafür zolle ich ihr großen Respekt! Ein „Weiter so“ ist in der derzeitigen Situation nicht angebracht. Die Zeichen stehen auf Erneuerung und Aufbruch.

Nun haben mit Friedrich Merz, Jens Spahn und Annegret Kramp-Karrenbauer drei sehr gute und sicherlich auch überaus geeignete Persönlichkeiten ihren Hut als Nachfolger in den Ring geworfen.

Die Frage, wer in der Nachfolge die CDU führen wird, bewegt viele Menschen. In den jetzt

kommenden Wochen werden sich die Kandidaten in acht Regionalkonferenzen den Mitglieder vorstellen und für sich und ihre Vorstellungen werben. Ich denke, es ist angemessen, dass wir uns diese Zeit nehmen.

Ich ermuntere Sie herzlich, die Gelegenheit zum Besuch einer dieser persönlichen Kandidatenvorstellungen zu nutzen. Wir werden uns sicher auch im Kreis über die Kandidaten intensiv austauschen.

Ihr Michael Donth



Michael Donth

Mitglied des Deutschen Bundestages

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro Reutlingen
Seestr. 6-8
72764 Reutlingen

Tel. 0 30 / 2 27 – 7 78 17 Tel. 0 71 21/ 38 54 44
FAX 0 30 / 2 27 – 7 68 15 FAX 0 71 21/ 38 54 30

michael.donth@bundestag.de

www.michael-donth.de

www.facebook.com/Donth.CDU

I. Die politische Lage in Deutschland

Gute Nachrichten für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir kommen in dieser Woche in ein anderes politisches Berlin, als wir es vor gut zwei Wochen verlassen haben. Die CDU begibt sich auf den spannenden Weg, eine/n neue/n Vorsitzende/n zu finden. Die CSU bildet in Bayern eine neue Regierung und Markus Söder wurde diese Woche zum Bayerischen Ministerpräsidenten wiedergewählt.

Im Deutschen Bundestag verabschieden wir in dieser Woche viele gute Gesetze für die Bürgerinnen und Bürger. Verbesserungen in der Pflege und bei der Rente gerade für Mütter kommen älteren Menschen zugute. Wir entlasten Familien und die arbeitende Mitte durch mehr Kindergeld und den Abbau der kalten Progression. Zudem beschleunigen wir den Bau neuer Straßen und Schienen, indem Planungsverfahren effizienter und bürgernäher werden. Schließlich beschließen wir umfangreiche Hilfen für Langzeitarbeitslose, damit sie einen Weg zurück in Arbeit finden.

Dass wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland antreten, bekräftigen wir am Mittwoch in einer ersten Orientierungsdebatte zu dieser Frage. Wie keine andere Fraktion stehen wir für die Interessen aller Regionen unseres Landes ein

– Stadt oder Land, Ost oder West. Die Union trägt die Idee des Zusammenhalts schon in ihrem Namen. Am Freitag, dem 9. November, werden wir im Plenum dieses besonderen Tages in der deutschen Geschichte gedenken: Wir erinnern uns an den Mauerfall 1989, an die Reichspogromnacht vor 80 Jahren sowie an die Ausrufung der Republik 1918. Am 11. November jährt sich zudem das Ende des 1. Weltkriegs zum 100. Mal. Diese „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts brachte große Veränderungen für Europas Landkarte. Erste Ideen einer europäischen Einigung entstanden in der Folge, aber erst nach dem noch schlimmeren 2. Weltkrieg gelang ihnen der Durchbruch. Für die europäische Einigung steht niemand so sehr wie wir als Union. Unsere einstigen Feinde sind heute unsere Freunde und Partner. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass dies so bleibt.



II. Die Woche im Parlament

Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Unser „Rentenpaket“ bündelt eine ganze Reihe von Verbesserungen für Rentner. So erhöhen wir etwa die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind. Wir schaffen Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Nicht zuletzt werden Geringverdiener bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet, indem wir die Grenze für ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge auf 1.300 Euro Monatseinkommen anheben. Die Leistungen des Pakets, das wir in zweiter und dritter Lesung beraten, sollen zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Zehntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt.

Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, mit dem Instrumente zur besseren Integration von Langzeitarbeitslosen auf dem allgemeinen und dem sozialen Arbeitsmarkt geschaffen bzw. verbessert werden. Um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von sehr arbeitsmarktfernen Personen zu fördern, werden neu abgeschlossene Arbeitsverhältnisse von Personen, die seit mindestens 7 Jahren Leistungen nach dem SGB II beziehen und in dieser Zeit nicht oder nur sehr kurz erwerbstätig waren, durch einen Lohnkostenzuschuss gefördert. Dieser beträgt in den ersten beiden Jahren des Arbeitsverhältnisses 100 Prozent des gesetzlichen Mindest-

lohns und sinkt danach um 10 Prozentpunkte pro Jahr. Bei einer maximalen Förderdauer von 5 Jahren bleibt das mittel- und langfristige Ziel, die Arbeitnehmer durch umfangreiche Betreuung und zahlreiche Angebote zur Weiterbildung aus der geförderten in eine ungeforderte Beschäftigung zu überführen.

Gesetz zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen. Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung eine Reihe von Verbesserungen zugunsten von Familien mit Kindern. Diese umfassen eine Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro ab 1. Juli 2019 sowie eine Anhebung des Kinderfreibetrags um 192 Euro ab 1. Januar 2019. Ebenfalls wird der steuerliche Grundfreibetrag angehoben und die kalte Progression abgebaut. Durch diese Maßnahmen werden Familien mit Kindern und insbesondere Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen um insgesamt rund 9,8 Mrd. Euro pro Jahr entlastet. Bis 2022 summieren sich die Entlastungen auf fast 35 Mrd. Euro. Wir bauen mit diesem Gesetz zum 6. Mal in Folge die kalte Progression ab, so dass Lohnerhöhungen nicht von einer höheren Steuer aufgefrisst werden.

Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften. Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, mit dem Umsatzsteuerausfälle beim Handel mit Waren auf elektronischen Marktplätzen im Internet verhindert werden sollen. Betreiber von elektronischen Marktplätzen sollen künftig bestimmte Daten ihrer Nutzer vorhalten sowie für die entstandene und nicht abgeführte Umsatzsteuer in

Haftung genommen werden können. Darüber hinaus fördern wir die Elektromobilität durch eine Halbierung der Bemessungsgrundlage bei der privaten Nutzung von Elektro- und Hybrid-elektrofahrzeugen bei der Dienstwagenbesteuerung.

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes.

Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung eine Änderung des Asylgesetzes, die anerkannte Asylbewerber zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet. Das bisherige Fehlen einer solchen Pflicht hat sich insbesondere bei im schriftlichen Verfahren erteilten Anerkennungen als problematisch erwiesen.

Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich.

In zweiter und dritter Lesung ermöglichen wir eine Erleichterung bei der Planung und Genehmigung von Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur, damit vorgesehene Mittel schneller investiert werden können. Verschiedene Maßnahmen sollen hierfür genutzt werden können, etwa die Veröffentlichung der Planungsunterlagen im Internet zur Erleichterung der Bürgerbeteiligung. Im Bereich der Schiene



werden Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren bei einer Stelle, dem Eisenbahn-Bundesamt, gebündelt. Darüber hinaus wird die Liste von Schienenvorhaben fortgeschrieben, für die das Bundesverwaltungsgericht einzige Instanz ist. Die Klagebegründungsfrist wird vereinheitlicht. Nicht zuletzt soll die neu eingeführte Möglichkeit zur Erteilung einer vorläufigen Anordnung dazu beitragen, dass Vorhabenträger unter bestimmten Voraussetzungen bereits vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses mit vorbereitenden Maßnahmen beginnen können.

Viertes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes.

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung beraten, wird die Übergangsfrist bis zum vollständigen Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration um zwei Jahre verlängert. Ohne ein Handeln des Gesetzgebers würden gerade die kleinen Höfe ab dem kommenden Jahr vor einem unlösbaren Problem stehen. Denn es gibt zur Zeit keine marktgängige oder praktikable Alternative zur betäubungslosen Ferkelkastration. Erforderliche Tierarzneimittel sind noch nicht zugelassen. Alternative Verfahren (z.B. mit Hormonen) werden bislang von Handel und Verbraucher nicht akzeptiert. Ein Verbot ohne Alternative würde viele Sauenhalter zur Aufgabe zwingen. Die Folge wäre die Abwanderung der Ferkelerzeugung ins Ausland - mit zum Teil erheblich niedrigeren Tierschutzstandards und zusätzlichen langen Tiertransporten. Die zweijährige Übergangsfrist muss jetzt genutzt werden, um tierschutzgerechte Alternativen für die Praxis zu erarbeiten. Wir erwarten, dass diese Aufgabe von allen Beteiligten mit Hochdruck angegangen wird. Insbesondere soll es dem geschulten Landwirt ermöglicht

werden, Tierarzneimittel selbst anzuwenden. Zugleich kommt es auf das Kaufverhalten der Verbraucher an. Denn am Ende wird auch an der Ladenkasse über das Tierwohl entschieden.

Energiesammelgesetz. In dieser Sitzungswoche bringen wir das Energiesammelgesetz als Fraktionsinitiative ein. Im Mittelpunkt stehen die im Koalitionsvertrag und Koalitionsausschuss vereinbarten Sonderausschreibungen für Windkraft an Land und Photovoltaik. Darüber hinaus führen wir auf Wunsch der Union Innovationsausschreibungen ein, die zu mehr Wettbewerb und Technologieoffenheit beitragen. Wir haben uns beim Koalitionspartner auch erfolgreich dafür eingesetzt, dass die schwindende Akzeptanz für Windenergie an Land angegangen wird. Wichtig ist, dass mit dem Gesetzespaket auch die beihilferechtlichen Vorgaben für Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen (KWK) endlich umgesetzt werden. Damit schaffen wir Planungssicherheit für Anlagenbetreiber und Hersteller.

Fünftes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Beitragssatzanpassung. Wir beraten in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Finanzierung der Mehrausgaben, die aus der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und der Verbesserung der Leistungen der Pflegeversicherung resultieren. Da mehr Menschen die unterschiedlichen Leistungsverbesserungen in Anspruch genommen haben als erwartet, ist eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019 notwendig. Insgesamt ergibt sich damit ein Beitragssatz von 3,05 Prozent. Damit wird es auch möglich sein, weitere im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahmen wie

die weitere Entlastung pflegender Angehöriger umzusetzen.

Gesetz zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Europäischen Emissionshandels. Auf EU-Ebene wurde im März dieses Jahres die Emissionshandelsrichtlinie für die bevorstehende 4. Handelsperiode von 2021 bis 2030 reformiert. Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf zur nationalen Umsetzung dieser EU-Beschlüsse. Die TEHG-Novelle sieht die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, Zertifikate aufgrund nationaler Klimaschutzmaßnahmen zu löschen ebenso vor wie die EU-weite Harmonisierung der Regeln für die kostenlose Zuteilung von Emissionsberechtigungen.

Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals . Das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, sieht zahlreiche Neuregelungen vor, um die Pflegekräfte in der Kranken- und Altenpflege zu entlasten. So sollen etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen im Bereich der Altenpflege geschaffen werden. Die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken wird erleichtert. Zudem wird der Kranken-



hausstrukturfonds ausgebaut. Dafür steht ab dem Jahr 2019 ein Finanzvolumen von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr bis einschließlich 2022 bereit. Damit können z.B. Krankenhausumbauten aber auch Investitionen in die IT-Ausstattung finanziert werden.

Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“. Wir beraten in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Umsetzung verschiedener Einzelmaßnahmen. So werden die Integrationspauschale (2 Mrd. Euro) und die flüchtlingsbezogene Kinderbetreuung (435 Mio. Euro) jeweils einmalig für das Jahr 2019 verlängert. Ebenso erfolgt eine Verlängerung der ursprünglich bis zum Jahr 2018 befristeten Entlastung der Kommunen von den zusätzlichen Kosten für Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte. Für 2019 werden die Mittel des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch die Länder um 500 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro erhöht, was eine entsprechende Änderung des Entflechtungsgesetzes erforderlich macht. Schließlich werden die Länder durch die vollständige Tilgung der Restschuld des Fonds Deutsche Einheit zum Jahresende von ihrer bisherigen Beteiligung an der Tilgung entbunden.

Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union . Wir beraten in erster Lesung über einen Gesetzentwurf, nach dem Bestimmungen im Bundesrecht, welche

auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder in der Europäischen Atomgemeinschaft Bezug nehmen, während des Übergangszeitraums bis zum 31. Dezember 2020 so zu verstehen sind, dass weiterhin auch das Vereinigte Königreich erfasst ist. Zudem soll eine Regelung zugunsten von britischen und von deutschen Staatsangehörigen getroffen werden, die vor Ablauf des Übergangszeitraums in Deutschland bzw. im Vereinigten Königreich einen Antrag auf Einbürgerung stellen.



Viertes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes. Wir beraten in erster Lesung ein Gesetz, das vom Brexit betroffenen Unternehmen weitere Möglichkeiten eines geordneten Wechsels in eine inländische Rechtsform ermöglichen soll. Hintergrund des Gesetzes ist, dass sich der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union negativ auf Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft nach britischem Recht, die ihren Verwaltungssitz in Deutschland haben, auswirken kann. Mit dem Wirksamwerden des Brexits verlieren diese Gesellschaften ihre Niederlassungsfreiheit und werden in Deutschland nicht mehr als solche anerkannt.



III. Daten und Fakten

Arbeitslosenquote auf Tiefstand. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 53 000 auf 2,204 Millionen Menschen gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 185 000 Jobsuchende weniger, wie die Bundesagentur für Arbeit am Dienstag in Nürnberg mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 4,9 Prozent. *(Quelle: DPA/Bundesagentur für Arbeit)*

Siemensstadt 2.0. Die Siemens AG plant in den kommenden Jahren bis zu 600 Millionen Euro in eine neue Arbeits- und Lebenswelt auf dem historischen Siemens-Gelände in Berlin zu investieren. Ziel ist es, in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft Schlüsseltechnologien und Innovationsfelder zu stärken. Siemens plant, im Rahmen seines Konzepts „Siemensstadt 2.0“ die digitalisierte Industrie auch im sozio-ökonomischen Umfeld zu gestalten. Im Einzelnen sollen Anwendungsfelder wie dezentrale Energiesysteme und Energiemanagement, Elektromobilität, künstliche Intelligenz, angesiedelt werden.

(Quelle: Presseerklärung Siemens vom 31.10.2018)

IV. In eigener Sache

Funkloch-App präsentiert



Vergangene Woche hat Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die neue Funkloch-App präsentiert. Mit der neuen App können Sie ganz einfach und unbürokratisch Lücken in der Mobilfunkabdeckung melden. Die App steht ab sofort unter dem Namen "Breitband" für Android und iOS im Google Play Store und Apple App Store zum kostenlosen Download zur Verfügung. Nehmen Sie das Angebot wahr und unterstützen Sie den Bund, dass er bei den

Anbietern Druck machen kann, um diese Lücken zu beheben!

Kirche trifft Politik.



Die Evangelische Landeskirchen aus Württemberg und aus Baden, vertreten durch die Landesbischöfe Dr. h. c. Frank Otfried July und Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh haben zum Gespräch in die Landesvertretung Baden-Württemberg eingeladen. Es geht um die integrative Kraft und Aufgabe der Kirchen in der Gesellschaft. Ein Gast aus unserem Landkreis Reutlingen ist auch mit dabei: Johannes Eißler, Gemeindepfarrer aus Eningen u.A. und Mitglied der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.



Auf den Zahn gefühlt

Eine weitere Klasse der Freien Evangelischen Schule Reutlingen hat mich diese Woche im Bundestag besucht. Letzte Woche war auch schon eine Klasse da, aber ich leider nicht. Um so mehr habe ich mich heute darüber gefreut. Rund 30 Fragen haben Sie mir in einer Stunde gestellt. Was sind Ihre Aufgaben als Abgeordneter? Was ist Ihre Meinung zum Thema Flüchtlinge? Wie waren Sie in der Schule? Was muss man tun, um Abgeordneter zu werden? War echt super. Hinterher gab's noch Selfies und eine geniale Geschenktüte. Vielen Dank!



IV. Termine im Wahlkreis und darüber hinaus

Datum	Uhrzeit	Veranstaltung	Ort
11.11.	10:00	Gedenkgottesdienst	Münsingen-Buttenhausen, Michaelskirche
	14:00	16. Reutlinger Fecht-allstar-Cup	Reutlingen-Betzingen, Turn- und Sporthalle
12.11.	10:00	Schöffenterversammlung	Reutlingen, Amtsgericht
	17:00	Aufsichtsratssitzung der Kreiskliniken	Reutlingen, Landratsamt
13.11.	14:00	40 Jahre Altentreff	Römerstein-Zainingen
	19:00	Nachtreffen des dritten Berlin-Seminars 2018	Römerstein-Donnstetten, Haus der Vereine
14.11.	10:00	Interview mit dem Reutlinger General-Anzeiger	Reutlingen
	15:00	Besuch der Pflegefachschule	Pfullingen, R.-Bosch-Str.
	19:00	CDU-Kreisvorstandssitzung	Hayingen, „Hirsch“
15.11.	11:30	Gespräch mit dem Bundesverband Reifenhandel	Reutlingen
	15:00	Gespräch mit BM Tilman Schmidt (Obersulm) zu Verkehrsfragen	Reutlingen, Seestr. 6-8
16. und 17.11.		Besuch des ukrainischen Botschafters Dr. Andrij Melnyk im Landkreis	Kreis Reutlingen
18.11.	11:30	Gedenkfeier zum Volkstrauertag	Reutlingen, Friedhof Unter den Linden